LZ-Rheinland

Artikel vom 15.01.2025 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 06:50 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/deutschland-trocknet-aus

Deutschland trocknet aus

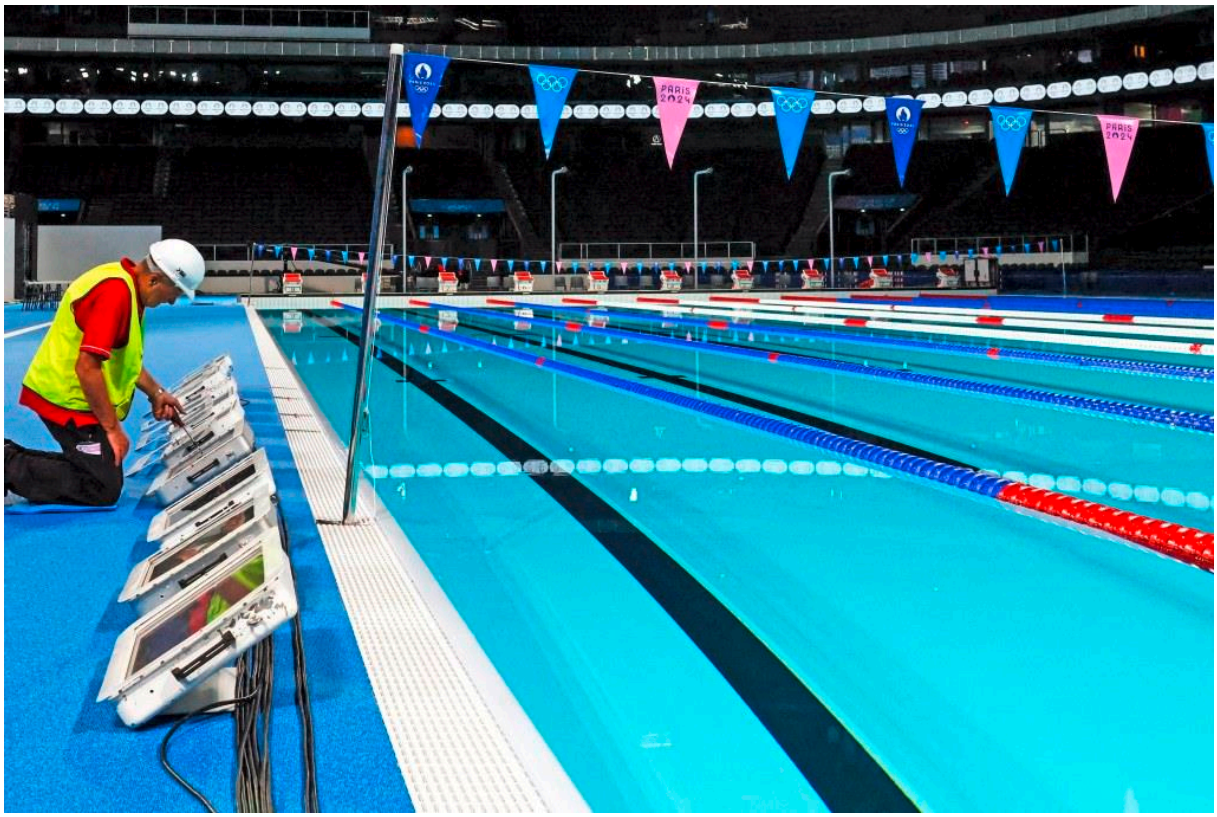


Foto: imago/Abacapress

Wasseratlas 2025 wurde vorgestellt

Deutschland verliert jährlich 2,5 km3 Wasser, was etwa der Füllmenge von 800000 olympischen Schwimmbecken entspricht. Das geht aus dem Wasseratlas 2025 hervor, der am Mittwoch vergangener Woche von der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) vorgestellt wurde. „Unser Land trocknet aus und wir schauen zu“, warnte der Vorsitzende der Umweltorganisation, Olaf Bandt. Gegensteuern sei daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Die Vorständin der den Grünen nahestehenden Stiftung, Imme Scholz, betonte, dass Deutschland zwar wasserreich sei, jedoch mehr Wasser verbrauche, als natürlicherweise zur Verfügung stehe. Ursächlich sei neben der Industrie maßgeblich die Landwirtschaft. Hinzu käme der „virtuelle“ globale Wasserverbrauch durch den Import von wasserintensiven Gütern, etwa Gemüse aus Spanien. Wasser müsse als öffentliches Gut anerkannt und die Versorgung in die öffentliche Hand zurückgeführt werden, forderte Scholz. Bandt warnte, dass es an natürlichen Wasserspeichern in der Landschaft fehle. Nur 1% der historischen Auen seien in einem naturnahen Zustand. Vergleichbar sei die Situation der Moore in Deutschland. Er plädierte dafür, Auen und Moore zu renaturieren. Dies werde sowohl dem Wasser- als auch dem Hochwasser- und Naturschutz

zugutekommen. Der BUND-Vorsitzende forderte zudem Wasserentnahmegebühren, die auch für die Landwirtschaft gelten sollten. Laut Wasseratlas werden die Wasserressourcen in Deutschland auch durch landwirtschaftliche Einträge aus Dünge- und Pflanzenschutzmitteln belastet. Bandt sprach sich für ein umfassendes Verbot von Pflanzenschutzmitteln aus, die die als „Ewigkeitschemikalien“ bezeichneten per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) freisetzen. Dafür, dass die Stickstoffüberschüsse zuletzt gesunken sind, machte er die „harten und pauschalen“ Obergrenzen im europäischen Recht verantwortlich.

Bandt forderte erneut, bei den Fördermitteln aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) stärker auf einkommenswirksame Anreize für Umweltleistungen zu setzen. Gefördert werden müssten die naturnahe und extensive Beweidung mit Rindern, Agroforst und andere klimawandelangepasste Anbaukulturen. Er erinnerte diesbezüglich an die Beschlüsse der Zukunftskommission Landwirtschaft (ZKL), in der sich dieser Forderung auch Landwirtschaftsverbände angeschlossen haben. *AgE*